

„Auf Tschekisten der DDR ist Verlaß“

Das Ministerium für Staatssicherheit und Nicaragua

Merlin Berge und Nikolaus Werz

Im Jahr 2009 jährte sich der 30. Jahrestag der Sandinistischen Revolution. 1979 hatte die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) den Diktator Anastasio Somoza gestürzt. 1981 begann ein Krieg zwischen den Sandinisten und den von der damaligen US-Regierung unterstützten Contras. 1984 siegte die FSLN bei den ersten Wahlen mit 66 Prozent der Stimmen, Daniel Ortega, zuvor bereits Oberbefehlshaber der Armee und „Koordinator“ der Regierung des nationalen Wiederaufbaus, wurde 1985 Präsident. Nach fast zehnjähriger Herrschaft wurde die FSLN am 25. Februar 1990 abgewählt, als ein nationales Oppositionsbündnis (UNO) unter Violeta Chamorro mit 55 Prozent der Stimmen gewann. Die FSLN erzielte 43 Prozent. Bei den Wahlen am 5. November 2006 konnte der Ex-Kommandant und Ex-Präsident Daniel Ortega nach einer Wahlrechtsänderung auf der Grundlage eines umstrittenen Bündnisses mit der Liberalen Nicaraguanischen Allianz (ALN) erneut die Wahlen gewinnen. Dreißig Jahre nach der Revolution regiert die „radikale“ Fraktion der FSLN unter Ortega, die sogenannten „Realos“ wurden 1994 ausgeschlossen.¹

Sowohl in der Bundesrepublik, als auch in der DDR gewann die nicaraguanische Revolution eine erhebliche Bedeutung. In der Bundesrepublik engagierten sich der linke Flügel der Grünen, aber auch Teile der Friedensbewegung und der Jungsozialisten für Nicaragua. In der DDR waren es zunächst vor allem die Regierung und die SED, die sich als Partner präsentierten; im Verlaufe der achtziger Jahre engagierten sich aber auch Teile der unabhängigen Friedensbewegung für die Veränderungen in dem mittelamerikanischen Land. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erhielt also zunächst eine außenpolitische, später aber auch eine innenpolitische Aufgabe.

Zum 30. Jahrestag der Revolution hat es im vereinigten Deutschland verschiedene Publikationen und Veranstaltungen zu diesem Thema gegeben. Erstaunlicherweise spielte die Rolle des MfS dabei so gut wie keine Rolle.² In dem vorliegenden Aufsatz, der unter anderem auf Akteneinsicht bei der Birthler-Behörde und im Bundesarchiv beruht, steht sie im Vordergrund.³

Schnelle Anerkennung: Die Nicaragua-Politik der DDR

Die DDR war das erste Ostblock-Land, das die neue Führung anerkannte. Schon Ende Juli 1979 sandte die DDR Sonderbotschafter Naumann nach Managua, der rückwirkend zum Juli 1979 diplomatische Beziehungen mit dem mittelamerikanischen Land

1 Calvo Ospina, Hernando: Es war einmal in Nicaragua. Nachruf auf eine Revolution – Dreißig Jahre danach. In: *Le Monde diplomatique*, Juli 2009, S. 16–17.

2 Vgl. etwa Harzer, Erika/Volks, Willi (Hrsg.): *Aufbruch nach Nicaragua. Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettbewerb*. Berlin 2008. Dagegen ist die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung gut erforscht. Vgl. Förch, Michael: *Zwischen utopischen Idealen und politischer Herausforderung. Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M. 1995; Karges, Rosemarie: *Solidarität oder Entwicklungshilfe? Nachholende Entwicklung eines Lernprozesses am Beispiel der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua*. Münster 1995.

3 Die erste wissenschaftliche Auswertung von MfS-Akten bot wohl Stierka, Volker: *Fidel Castro. Eine Biografie*. Berlin 2001; Ferner Werz, Nikolaus: *Lateinamerikaner in der DDR*. In: *Deutschland Archiv*. Bielefeld 2009 (5).

aufnahm.⁴ Der DDR-Botschafter Gerald Möckel nahm seine Tätigkeit am 1. März 1980 auf, der diplomatische Vertreter der UdSSR erst einen Monat später. Am 18. Oktober 1980 unterzeichnete die DDR ein Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. In der Folgezeit unterstützte die DDR das sandinistische Nicaragua beim Aufbau des Landes. Dabei ging es der DDR-Führung in erster Linie um die Sicherung politischen Einflusses und die ökonomische Anbindung Nicaraguas an die sozialistischen Länder.⁵

Nicaragua war infolge des Bürgerkrieges praktisch bankrott. Ein Ziel der Zusammenarbeit mußte deswegen der Wiederaufbau einer funktionierenden Wirtschaft sein. Hierfür gewährte die DDR Kredite im Wert von ca. 172 Millionen US-Dollar.⁶ Sie erwartete dafür vom mittelamerikanischen Vertragspartner Lieferungen von „Luxuswaren“ wie Kaffee, Tabak, Bananen, Zucker und Baumwolle, aber auch Futtermittel für Nutztiere. Bezahlt wurden diese Waren mit sogenannten Stimulanzpreisen.⁷ Die Kredite aus Ost-Berlin waren also fast immer projektbezogen, das heißt auf den Kauf von DDR-Gütern beschränkt.⁸ Aus der DDR kamen hauptsächlich Landmaschinen, LKWs, Textilverarbeitungsmaschinen und medizinisches Gerät. Obwohl selbst eine Mangelwirtschaft, ließ sich die DDR auf Verpflichtungen ein, die ihre finanziellen Möglichkeiten weit überstiegen. Sie versprach sich von diesem Austausch Vorteile für die Versorgung der eigenen Bevölkerung mit sogenannten Luxusgütern. Zudem erhoffte sich die SED internationales Renommee sowie die Erfüllung eines ideologischen Zieles, nämlich den Export des Sozialismus in andere Weltregionen. Der Preis war hoch, da Nicaragua wirtschaftlich kaum in der Lage war, die Kredite zurückzuzahlen. In der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit beider Länder konzentrierte sich die DDR auf die Förderung der nicaraguanischen Exportproduktion, um so eine Schuldentilgung zu ermöglichen.

Neben diesem wirtschaftlichen Engagement gewährte die DDR Hilfe bei Ausbildung und Studium. Nicaraguaner konnten in der DDR eine Ausbildung machen, umgekehrt sah die SED hierin eine Gelegenheit, Fachpersonal für die Revolution auszubilden und entsprechend ideologisch zu beeinflussen. Ende 1983 studierten schon ca. 180 Nicaraguaner im Land, die „Vereinigung der nicaraguanischen Studierenden in der DDR“ war im Sommer staatlich anerkannt worden. Die Zusammensetzung der Hochschulgruppe, ihre soziale Herkunft, die Studienleistungen, ihr soziales Verhalten und die Absicht einzelner Studenten, ins Ausland zu reisen, wurden vom MfS analysiert. Ihre Haltung zum US-Imperialismus entstehe „zum großen Teil aus gefühlsmäßigen Positionen heraus“. Es müsse auch weiterhin beachtet werden, „daß die Mehrheit der Studierenden aus Nicaragua über geringe fundierte marxistisch-leninistische Kenntnisse verfügt“.⁹ Das MfS versuchte einzelne nicaraguanische Studenten als IM zu werben. 1985 wird von dem IM-Kandidaten „Castro“ an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Bereich Medizin, berichtet, mit dem acht Kontaktgespräche geführt wurden. Er solle

4 Seiler, Max: Vergleich der Lateinamerikapolitik von Bundesrepublik Deutschland und DDR am Beispiel Nicaragua (1979–1989). Unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Bündnispolitik von USA und UdSSR. Marburg 1995.

5 Ebd., S. 96.

6 Die Zahl beruht auf eigener Berechnung, Grundlage waren die MfS-Akten.

7 Die Stimulanzpreise lagen 100 Prozent über dem Weltmarktpreis und waren Teil der DDR-Solidarität.

8 Seiler: Vergleich, S. 100.

9 Einschätzung der Situation unter den Studierenden aus Nicaragua in der DDR vom 21.08.1984. BStU, MfS, HA XX, 3212, Bl. 58.

„vorrangig zur peripheren Absicherung der Studenten aus dem arabischen Raum eingesetzt werden“.¹⁰

Eine aktive Rolle in Nicaragua spielte vor allem die FDJ, mit ihren sogenannten „Freundschaftsbrigaden“. Bis Mitte des Jahres 1985 wurden mehr als 200 Patienten aus Nicaragua in Krankenhäusern und Kliniken der DDR versorgt. Im humanitären Bereich sticht vor allem der Aufbau des Hospitals „Carlos Marx“ hervor.¹¹ Für die SED war es das Prestigeprojekt ihrer Nicaragua-Solidarität. Es wurde von einer „Freundschaftsbrigade der FDJ“ betrieben. Das DDR-Personal bestand aus 90 Ärzten, Schwestern, Laboranten und Technikern, die unter anderem einheimische Fachkräfte ausbilden sollten. Aus den IM-Berichten über das von der DDR entsandte Personal geht hervor, daß das Betriebsklima nicht besonders gut war. Immer wieder kam es zu Planungsfehlern und Entscheidungen, die an den lokalen Bedürfnissen vorbeigingen. So sollen Doppelfenster eingebaut worden sein, da man sich bei der Planung offensichtlich an nordeuropäischen Klima-Verhältnissen orientiert hatte. Nicht zuletzt erschwerten mangelnde finanzielle Ressourcen einen reibungslosen Ablauf dieses Krankenhausprojektes. Nach 1990 wurde das Krankenhaus „Carlos Marx“ von der Bundesrepublik unter dem Namen „Hospital Aleman-Nicaraguense“ weitergeführt.

Außerdem wurde das nicaraguanische Schul- und Hochschulsystem unterstützt. Bis Mitte der achtziger Jahre soll die DDR ca. 3,5 Mio. Schulbücher (!) nach Nicaragua geschickt haben.¹² Obwohl Erich Honecker mehrfach Kuba und 1980 auch Mexiko besuchte, reiste er selbst nie nach Nicaragua. Allerdings weihte DDR-Bildungsministerin Margot Honecker 1984 das „Polytechnische Berufsbildungszentrum Ernst Thälmann“ in Jinotepe ein.

Konspirative Zusammenarbeit

Die wirtschaftliche und humanitäre Unterstützung war der offizielle Teil der Solidarität. Daneben gab es eine konspirative Seite, die auf die Landesverteidigung und innere Sicherheit zielte. Für diese Hilfen war das MfS zuständig. Es sollen ca. 50 DDR-Spezialisten vor allem im nachrichtendienstlichen Bereich tätig gewesen sein. Zur Sicherung der Macht der Sandinisten bot der DDR-Geheimdienst eine Qualifizierung für die operative Abwehrarbeit an. Diese richtete sich unter anderem gegen die Kirche und gegen oppositionelle Bewegungen. Für diese Aufgaben schulte das MfS sandinistische Kader im Personenschutz. Die Ausbildung fand in Nicaragua sowie in der DDR statt.¹³ Zwischen 1980 und 1988 wurden 136 Nicaraguaner in Nahabsicherung, Objektsicherung, spezifisch-operativen Überprüfungen, Nachrichten und Einsatzplanung ausgebildet. Ab 1989 sollten weitere 30 Nicaraguaner folgen. Grundfragen des „revolutionären Weltprozesses“ sowie die „Rolle und Arbeitsweise der imperialistischen Geheimdienste“ sollten in die Ausbildung miteinbezogen werden. Aufgaben, Mittel und Methoden

10 Oberst Amthor: Stellungnahme zur Werbung des IM-Kandidaten „Castro“ vom 11. 09. 1985. BStU, MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 824, Bl. 37.

11 Zimmermann, Sabine: Dr. Carlos Marx in Nicaragua. In: Lateinamerika Nachrichten. Berlin 1998: <<http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/print/2249.html>> (zuletzt eingesehen am 31. 03. 2010).

12 Ebd., S. 108. So auch Reichardt, Achim: Nie vergessen Solidarität üben! Berlin 2006, S. 15.

13 Vgl. Ehlert, Gerhard/Staadt, Jochen/Voigt, Tobias: Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem Ministerium des Inneren Kubas (MININT). Hrsg. vom Forschungsverbund SED-Staat. Berlin 2002. Die Unterstützung der DDR für Kuba und Nicaragua wies Parallelen auf. Das MfS nahm an, daß Hilfe und Unterstützung der Kubaner für die Sandinistische Revolution in Absprache mit der DDR geschahen.

des Personenschutzes, Spezialisierungen in Waffen- und Schießausbildung sowie Sport und Zweikampfschulung gehörten ebenso dazu.¹⁴ Ziel dieser Ausbildung war die Verbindung theoretischen und politischen Wissens mit den (para-) militärischen Fähigkeiten eines Einzelkämpfers.

Intensive Zusammenarbeit gab es vor allem zwischen dem nicaraguanischen Innenministerium (MINT) und dem MfS. Im September 1984 schlossen die Ministerien einen Vertrag, der den geheimdienstlichen Austausch und die Zusammenarbeit regelte.¹⁵ Tomás Borge¹⁶ und Erich Mielke verband eine Art Männerfreundschaft. Der Austausch beschränkte sich nicht nur auf materielle Lieferungen, sondern beinhaltete gemeinsame Gespräche und Analysen über die Lage in Nicaragua, Lateinamerika und der Welt. Sie schrieben sich regelmäßig Briefe. Borge war reisefreudig und sah sich selber als bedeutenden Revolutionär. Aber auch Daniel Ortega kam viermal in die DDR, zuletzt 1986. Ortega besuchte Honecker noch 1992 im Gefängnis Berlin-Moabit. In Fortführung dieser politischen Freundschaft nahm Margot Honecker im Juli 2008 in Managua stellvertretend für ihren in Chile verstorbenen Mann den Orden „Ruben Dario“ entgegen.

Zur Sicherung der Landesgrenzen und zur Unterstützung der Sandinisten in ihrem Kampf gegen die Contras lieferte das MfS Waffen sowie andere militärische Güter und Sicherheitstechniken. Wer in den achtziger Jahren Nicaragua bereiste, wird nicht nur die Kontrollkabinen am Flughafen erkannt haben, sondern auch die vielen IFA-Laster auf den Straßen. Schon im zweiten Halbjahr 1980 wurden 150 allradgetriebene Lastkraftwagen vom Typ W-50 verschickt, im kommenden Jahr sollten weitere 350 folgen. Es wurden Sicherheitsanlagen im Flughafen von Managua, der Grenzübergangsstelle Peñas Blancas und in einer Untersuchungshaftanstalt installiert. Außerdem wurde die Residenz von Innenminister Borge mit Sicherheits- und Fernbeobachtungsanlagen ausgerüstet.¹⁷

Neben diesen militärischen und konspirativen Aktivitäten gab es zwei große Projekte, die das MfS gemeinsam mit dem nicaraguanischen Innenministerium plante. Auf Wunsch der nicaraguanischen Innenbehörde wurde daran gearbeitet, die Einwohner mit Personalausweisen zu versehen. Als erstes sollte die Bevölkerungsgruppe der Misquito in einem Melderegister erfaßt und mit den neuen Ausweisen ausgestattet werden. Diese vor allem an der Karibikküste lebende Zielgruppe war dem Innenministerium suspekt, da sie häufig den Wohnort und auch den Namen wechselte. In der Atlantikregion entfalteten die Contras vielfältige Aktivitäten. Deswegen sollten auch die Fingerabdrücke erfaßt werden. Obwohl eigentlich alle an diesem Projekt Beteiligten hätten wissen müssen, daß das Papier für die Ausweise der hohen Luftfeuchtigkeit der Tropen widerstehen mußte, verrottete das nach Nicaragua verschiffte Material und erschwerte so die Umsetzung dieser Aktion.

14 Zuarbeit für ein Arbeitsgespräch des Genossen Minister mit dem Minister des Innern der Republik Nicaragua, Genossen Tomas Borge, vom 22. 05. 1989. BStU, MfS ZAIG, 5124, Bl. 57.

15 Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium des Innern der Republik Nicaragua vom 18. 09. 1984. BStU, MfS HA II, 4681, Bl. 132–140.

16 Tomás Borge wurde 1930 in Matagalpa geboren. Er war Gründungsmitglied der FSLN und nicaraguanischer Innenminister während der ersten Präsidentschaft Daniel Ortegas. Seit 2007 ist er Botschafter in Lima, Peru.

17 Vgl. Storkmann, Klaus: „Die Verteidigung der Revolution in Nicaragua unterstützen“. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR. In: Aufbruch nach Nicaragua, Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettstreit. Berlin 2008, S. 170–179.

Die „Aktion Berta“

Die umfangreichste Unterstützungsaktion des MfS für Nicaragua war die „Aktion Berta“. Hinter diesem Begriff verbergen sich die Planungen für eine Währungsreform. 1984 hatte die nicaraguanische Regierung ein ökonomisches Maßnahmenpaket verabschiedet. Die wirtschaftliche Lage blieb jedoch unverändert schlecht. Mit der vorgesehenen Währungsreform wollte man die nationale Ökonomie fördern und einen volkseigenen Wirtschaftssektor aufbauen. Dies beinhaltete auch Zwangsverstaatlichungen. Außerdem sollten mit der Währungsreform „Schwarzhändler, Devisenschieber, Kollaborateure der Konterrevolution, Kirchenkreise, Kräfte der oppositionell eingestellten Parteien, Lati-fundisten, Produzenten, die ihre finanziellen Verpflichtungen nicht erfüllen bzw. Produkte illegal nach Costa Rica bzw. Honduras verbringen, Großhändler, die zwar im Auftrag des Staates Importaufgaben lösen, aber seit Jahren Nebengeschäfte großen Umfangs abwickeln und Kräfte des politischen Untergrundes“ getroffen werden.¹⁸

Die Aktion wurde vom Innenminister Nicaraguas, dem MfS und den Zentralbanken beider Länder minutiös geplant. So stellt es sich zumindest in den Akten dar. Das „Material“ wurde in der DDR hergestellt. Am 14. Februar 1986 wurde die MS „Fichtelberg“ im Hafen Corinto entladen. Für die Entladung und den Transport in ein Zwischenlager hatte die DDR-Seite detaillierte Forderungen gestellt und mit den Nicaraguanern wohl auch abgesprochen. Das MfS legte großen Wert darauf, daß die Aktion unter allen Umständen konspirativ über die Bühne ging. Es ergingen entsprechende Anweisungen. So sollte für die MS „Fichtelberg“ ein freies Hafenbecken zur Verfügung stehen, das nur für diese Aktion genutzt werden sollte. Eine Kontrolle durch Grenz- und Zollorgane bzw. durch die Gesundheitskontrollgruppe und die Hafenagentur sollte nicht stattfinden. Das Areal sollte durch operative Technik abgesichert werden. Die Nicaraguaner hatten fahrtüchtige, vollgetankte Fahrzeuge bereitzustellen. Dazu sollte auch eine mobile Kfz-Werkstatt gehören. Trotz der detaillierten Planung stellten die Nicaraguaner zum Teil defekte und ungeeignete Fahrzeuge zur Verfügung. Der Transportplan in das Zwischenlager brach in sich zusammen. Der Transport erstreckte sich über drei Nächte.

Darüber hinaus sollten infrastrukturelle Maßnahmen geplant werden, um eine zügige Verteilung in alle Regionen, Bezirke und Kriegszonen zu gewährleisten. Argumentations- und Propagandaarbeiten wurden vorbereitet, um das Projekt schnell im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. Außerdem wollte die DDR verhindern, daß eine durch die USA beeinflusste Presse das Projekt in Mißkredit bringen konnte.

Während der Operation sollte jeder Bürger bzw. jede produktive, kommerzielle oder administrative Einrichtung einen bestimmten Bargeldbetrag erhalten. Zusätzlich sollten Beträge zum Umtausch auf Sperrkonten deponiert werden. In einem sogenannten „Schubladenprojekt“ wurden Vorbereitungen in der Wirtschaft getroffen. Dabei wurde deutlich, daß eine Umsetzung zum vorgesehenen Tag X am 11. April 1986 nur kurzfristige wirtschaftliche Effekte bringen würde. Man wollte durch eine Währungsreform aber langfristige Verbesserungen erzielen. Die Preise sollten stabilisiert, die Inflation eingedämmt werden. Daher entschloß sich ein enger Kreis der politischen Führung Nicaraguas am 27. Februar 1986, die Aktion aufzuschieben. Die Aufbewahrung der Materialien übernahm das MfS. Sie wurden in einem Sperrobjekt innerhalb eines militärischen Geländes des MINT eingelagert. Wegen der Geheimhaltung wurde die Einlagerung nachts durch MfS-Leute und nur drei Nicaraguaner vorgenommen. Die „Aktion Ber-

18 ZAIG, Leiter: Information vom 02.06.1986 über die Operation „Berta“ – Republik Nicaragua. BStU, MfS ZAIG Nr. 20249, Bl. 5.

ta“ war nur einem ganz kleinen Personenkreis bekannt und wurde erst im Januar 1988 abgeschlossen.

Ideenaustausch für die Weltrevolution

Die Hinweise für das Gespräch mit dem Minister des Inneren Nicaraguas, Tomás Borge, (vom September 1984) zeigen, wie sich das MfS die Zusammenarbeit vorgestellt hat. Die Stasi ging selbstverständlich davon aus, „daß die Genossen in Nicaragua auch in ihrem weiteren Kampf – wie wir in der DDR – von [der] Feststellung Lenins ausgehen, daß eine Revolution nur dann etwas wert ist, wenn sie sich zu verteidigen versteht“. Die USA-Regierung habe die „Beseitigung des Sozialismus und Eindämmung aller progressiven Entwicklungen zum Hauptelement ihrer globalen Strategie erhoben“. Folgerichtig sichert die DDR weitere Unterstützung zu: „Habe bereits Entscheidung getroffen, daß auf Grundlage übermittelter Wünsche durch MfS an das MINT Nicaraguas in den Jahren 1984–86 weitere Solidaritätsgüter im Wert von ca. 4,5 Mio. Mark übergeben werden. Betrifft operative Technik, Fototechnik, Kriminaltechnik, Technik für Spezialtruppen [...] Auf Tschekisten der DDR ist Verlaß.“ In der Vorlage wurde übrigens auf mögliche Differenzen zwischen Borge und Ortega hingewiesen.¹⁹ Die Kooperation gestaltete sich auf dem Boden eines Vertrages zwischen dem MfS und dem sandinistischen Innenministerium MINT. Darin war der Austausch konspirativer Maßnahmen und Informationen vereinbart, die nicht nur Belange von Nicaragua und der DDR, sondern auch andere Länder betraf.

1984 besuchte Borge mit einer Delegation die DDR. Bei einem Treffen mit Innenminister Friedrich Dickel und Erich Mielke berichtete er nicht nur über sein Heimatland, sondern auch von Eindrücken und Informationen seiner Reisen in die Sowjetunion, nach Bulgarien, Äthiopien, Polen und Libyen. Über die Reise nach Libyen wollte Borge mit Mielke aber nur unter vier Augen sprechen. In diesem Gespräch schilderte Borge, daß Gaddafi eine größere Aktion der Libyer gegen Bürger der USA angekündigt habe. Laut Borge planten die Libyer Geiselnahmen, Entführungen und Tötungen von US-Bürgern. Ihr Ziel sei es, zu beweisen, daß die USA nicht in der Lage seien, die eigenen Landsleute zu beschützen. Außerdem habe Gaddafi ausgeführt, daß die Aktion ähnlich wie im Iran gestaltet werde. Vermutlich meinte Gaddafi die Geiselnahme in Teheran 1979. Iranische Studenten hatten die US-amerikanische Botschaft in Teheran besetzt und 52 Geiseln genommen. Die Geiseln wurden 444 Tage gefangengehalten. Wann und wo solche Operationen stattfinden sollten, war dem Nicaraguaner nicht mitgeteilt worden. Gegenüber Mielke behauptete Borge, daß er diese Informationen ausschließlich an den Minister für Staatssicherheit der DDR und sonst niemanden weitergeben wolle.

Im Jahr 1986 erfolgte eine Serie von Terroranschlägen, unter anderem auf ein Kreuzfahrtschiff im Mittelmeer, die Flughäfen von Rom und Wien sowie die Entführung einer Egypt-Air Maschine nach Malta, bei denen Libyen als Drahtzieher vermutet wurde. Im März 1986 kam es zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und Libyen. In der Großen Syrte stießen die 6. US-Flotte und libysche Seestreitkräfte aufeinander.²⁰ Wahrscheinlich als Reaktion darauf veranlaßte die libysche Regierung im April 1986 einen Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ in West-Berlin, in der

19 Beschluß des Ministerrates, Betrifft: Vorschläge zur Gestaltung der ökonomischen Beziehungen der DDR mit Nicaragua im Jahre 1989 vom 06. 10. 1988. BStU, MfS Abteilung X, Nr. 327. Auch für den wohl letzten Besuch des Ministers des Inneren der Republik Nicaragua, Genossen Tomás Borge, am 1. 6. 1989 wurde eine Vorlage erarbeitet.

20 Linde, Gerd: Libyen – Terroristenbasis und sowjetischer Klient. Köln 1986, S. 19.

viele GIs verkehrten. Dabei starben zwei Menschen, darunter ein Nordamerikaner, weitere 200 Menschen wurden verletzt.²¹ Dies beantwortete die US-amerikanische Regierung mit der Bombardierung von Tripolis, welche ebenfalls zivile Opfer zur Folge hatte. In den folgenden Jahren kam es zu weiteren Terroranschlägen, deren schlimmster 1988 der auf eine PanAm-Maschine über Lockerbie war. 270 Menschen kamen ums Leben.

Der Feind im Inneren: Initiative „Hoffnung Nicaragua“ („IHN“)

Nachdem sich das MfS zunächst vor allem unter außenpolitischen Gesichtspunkten mit Nicaragua beschäftigt hatte, mußten die Genossen im Verlauf der achtziger Jahre auch im eigenen Land aktiv werden. 1982 wurde von fünfzehn bis zwanzig jungen DDR-Bürgern die „Initiative Hoffnung Nicaragua“ („IHN“) gegründet, die eine vom Staat unabhängige Solidaritätshilfe für Nicaragua leisten wollte.²² Unter dem Dach der evangelischen Kirche organisierte die Initiative Spendensammlungen sowie Informations- und Diskussionsabende zur Unterstützung der sandinistischen Revolution. Da das MfS die Aktionen zunächst der kirchlichen Initiative „Aktionsgemeinschaft für die Hungernden“ zuordnete, wurde das MfS erst durch einen Hinweis aus der nicaraguanischen Botschaft auf die „IHN“ aufmerksam.²³ Die Botschaft habe den nicaraguanischen Studenten den Umgang mit dieser Organisation untersagt, da sie antisozialistische Ziele verfolge. Das MfS versuchte, die Initiative in die staatliche Solidarität einzubinden, um eine bessere Kontrolle über ihre Aktivitäten ausüben zu können, doch die „IHN“ lehnte die vorgeschlagene Integration ab. Mit Hinweis auf ihren angeblich zeitlich begrenzten Charakter vermieden die Verantwortlichen eine Registrierung als Verein oder Organisation. Außerdem wollten sie nicht auf die unbürokratische Hilfe der Kirche verzichten.²⁴ Die Kirche diente dabei nicht nur als Schutzraum, sondern ermöglichte auch die Kontaktaufnahme zu Gleich- und Kritischgesinnten, zum Beispiel während Kirchentagen. Es entstanden überregionale und später sogar internationale Kontakte. Weitere „IHN“-Vertretungen wurden in Gera und Dresden gegründet.

Das MfS hatte erhebliche Probleme mit der Initiative: Zum einem befürchtete man die Entstehung einer demokratischen Opposition in der DDR, zum anderen traten hier Ansätze von Pluralismus in Erscheinung, die man nicht zulassen wollte. Schließlich zielte die von der DDR durchgeführte Kaderschulung für Nicaragua auf eine Gleichschaltung im Sinne der Partei, von der man selbst überzeugt war. Entsprechend kritisch wurde der Kontakt nicaraguanischer Studenten zur Initiative gesehen. Die „IHN“ erwies sich als unangepaßt und unorthodox. Um Spendengelder zu sammeln, versteigerte sie gespendete Kunstwerke und dachte darüber nach, auch westdeutsche Künstler um eine Kunstspende zu bitten. Zum Beispiel erwog man, sich an den bekannten westdeutschen Künstler Joseph Beuys zu wenden.²⁵

Zu einem Diskussionsabend lud die Initiative „Horst Goldstein“ ein.²⁶ Goldstein war ein westdeutscher Wegbereiter der Befreiungstheologie und ausgezeichnete Übersetzer. Das MfS verhinderte die Teilnahme an dem Diskussionsabend in der DDR, indem

21 Bomben von Derwisch. In: Der Spiegel 29/1990, S. 22–25, <<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13500989.html>> (zuletzt eingesehen am 29. 04. 2010).

22 Information über geplante Aktivitäten der sogen. Initiativgruppe „Hoffnung Nicaragua“ (Leipzig) vom 06. 04. 1984, BStU, MfS ZAIG Nr. 3363, Bl. 1.

23 Ebd.; MfS HA XX Nr. 3212, Bl. 41.

24 Oberst Eppisch: Vorschlag zur Anlage des OV „Nica“ vom 01. 11. 1985, BStU, MfS HA XX/4, 881, Bl. 102.

25 Ebd., Bl. 106.

26 Ebd., Bl. 104.

ihm die zuständigen Behörden eine Redeerlaubnis verweigerten. Intensive Beziehungen ergaben sich zu der westdeutschen Hilfsorganisation „Hameln-Partner-Matagalpa“ und zu Franzosen, die sich für die sandinistische Revolution engagierten. Über eine Zusammenarbeit mit Westdeutschen entstand ein Kontakt zum Goethe-Institut in Mexiko. Gemeinsam wollte man eine Landschule in Monte Fresco aufbauen. Das Ziel der „IHN“ war ein gemeinsames Projekt mit westlichen Vertretern in Nicaragua. Der französische Kontakt machte Daniel Ortega auf die „IHN“ aufmerksam. Daraufhin wollte die sandinistische Regierung der „IHN“ sogar die Aufsicht über ein Hilfsprojekt in Nicaragua zuweisen. In dieser Sache erhielt die Initiative zweimal Post aus Nicaragua, wie aus den MfS-Akten hervorgeht. Der Inhalt der Briefe wurde nicht erwähnt und war möglicherweise nicht bekannt. Trotz dieses Kontaktes wurde kein Projekt der „IHN“ in Nicaragua realisiert, die Gründe lassen sich den Akten nicht entnehmen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die DDR-Bürger Ausreisegenehmigungen erhalten hätten.

Um die Arbeit der Initiative aufzuklären und zu kontrollieren, schleuste das MfS IM ein.²⁷ Die IM wußten zu berichten, daß die Gruppe dem Land Nicaragua nur vordergründig helfen wolle. Statt dessen seien die Mitglieder vor allem daran interessiert, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die eine kritische Meinung gegenüber der DDR-Politik vertraten. Darüber hinaus achteten die Mitglieder der Initiative darauf, dem MfS keine Handhabe zu bieten. Sie holten sich Rechtsberatung über Verfahrensfragen bei kirchlichen Instanzen, tarnten ihre Zusammenkünfte als kirchliche Aktivitäten, vermieden eine offene Zusammenarbeit mit der „IHN“ in anderen Städten, machten keine spektakulären Aktionen, um nicht auf sich aufmerksam zu machen, und lehnten eine zahlenmäßige Erweiterung der Gruppe sowie eine Zusammenarbeit aller „IHN“-Gruppen in der DDR ab. Allerdings wurden neu entstehende Gruppen unterstützt.²⁸

Zweierlei Solidarität

Die im Februar 1988 durchgeführte Währungsreform war der größte Clou in der Zusammenarbeit von MINT und MfS. Nachdem 1986 Materialien aus der DDR in Nikaragua angelangt waren, wurde die Aktion verschoben. 1988 wurde dann die Währungsreform über Nacht flächendeckend im ganzen Land umgesetzt.²⁹ Dies überraschte sowohl die nationale als auch die internationale Presse. Trotz der 60 000 Mitarbeiter, die an der Umsetzung der Reform beteiligt waren, blieb die strikte Geheimhaltung gewahrt. Borge bedankte sich in einem Brief an Mielke für diese Hilfe.³⁰ Der Erfolg sei auch auf die Unterstützung der Beratergruppe aus dem MfS und der Bank der DDR zurückzuführen. Ihre Anleitung und Ausbildung hätte geholfen, die 60 000 daran beteiligten Nikaraguaner anzuweisen.

Aber das MfS mußte auch im eigenen Land aktiv werden. Denn die Initiativgruppe und kirchliche Kreise interpretierten die nicaraguanische Entwicklung als einen „Dritten Weg“. Die „IHN“ lud zum Beispiel im November 1983 in die Othmarskirche in Naumburg zu einer Veranstaltung zum Thema „Nicaragua – Revolution zwischen den Blöcken“ ein. Besonders waren ihre Akteure wohl an den Treffen mit Vertretern der

27 Oberst Eppisch: Vorschlag zur Anlage des OV „Nica“ vom 01. 11. 1985, BStU, MfS HA XX/4881, Bl. 102.

28 Ebd., Bl. 103.

29 Hodel, Georg: Präsident Ortega verkündet umfassende Währungsreform. In: Die Tageszeitung 16. 02. 1988: <<http://www.taz.de/digitaz/1988/02/16/a0065.archiv>> (zuletzt eingesehen am 13. 06. 2010).

30 Brief von Tomás Borge an Erich Mielke vom 23. 02. 1988, BStU, MfS, Abt. X 329, Bl. 1.

Solidaritätsbewegung aus dem Westen und den Möglichkeiten zum Informations- und Bücheraustausch interessiert. Dadurch entstand ein Netzwerk, das quer durch die DDR und darüber hinaus reichte. Die Staatssicherheit sprach von einem „Mißbrauch kirchlicher Arbeitsmöglichkeiten“ durch die Initiativegruppe, den es zu unterbinden galt, denn die Mitglieder seien sich „in ihrer oppositionellen Haltung zur Sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR einig“.³¹ Verhindert werden sollten weitere Einladungen an BRD-Bürger oder die Gestaltung und der Versand von Mail-Art-Postkarten an Bausoldaten mit der Aufschrift: „Wenn der Frieden bewaffnet sein müßte, hätte Picasso einen Jagdflieger gemalt.“³²

Erstaunlich war, wie lange die Initiative „IHN“ unter dem Dach der Kirche agieren konnte, ohne die besondere Aufmerksamkeit des MfS zu erregen. Offenbar machte erst die Kritik der nicaraguanischen Botschaft, die Gruppe agiere nicht im sozialistischen Sinne, das MfS auf die Gruppe aufmerksam. Es fällt auf, wie geschickt wiederum die Initiative mit den Spielregeln des MfS taktierte und sich so weiter einen Handlungsspielraum erhielt. Beide, das MfS und die „IHN“, wollten den Aufbau des Sozialismus in Nicaragua unterstützen. Doch ihre Vorstellungen vom Sozialismus waren sehr unterschiedlich. Die DDR-Führung wollte ihr eigenes System nach Nicaragua übertragen. Die Mitglieder der „IHN“ litten an einem Mangel an Gestaltungsmöglichkeiten im eigenen Land. Sie sahen in Nicaragua eine buntere und lebendigere Alternative des Sozialismus gegenüber dem, den sie in ihrem Alltag erlebten.

Die Kontakte zwischen der DDR und Nicaragua waren also durchaus ausgeprägt. Als die Mauer fiel, lebten 411 Nicaraguaner in der DDR, dagegen waren es nur noch 334 Emigranten aus Chile.³³ Im Unterschied zu den Nicaraguanern konnten die Chilenen leichter in die Bundesrepublik und andere europäische Länder reisen. Viele nutzten die Gelegenheit, um sich abzusetzen. Eine Reihe von Chilenen hat in Romanen und Essays über die Zeit in der DDR beziehungsweise ihre doppelte Deutschland Erfahrung berichtet.³⁴ Von nicaraguanischer Seite stehen solche Rückblicke noch aus: Dies mag zum einem daran liegen, daß nur ganz wenige Akademiker aus Nicaragua in die DDR kamen, zum anderen an dem unterschiedlichen Ausmaß an demokratischem Pluralismus im heutigen Chile und in Nicaragua.

31 Information über geplante Aktivitäten der sogen. Initiativegruppe „Hoffnung Nicaragua“ (Leipzig) vom 06. 04. 1984, BStU, MfS, ZAIG Nr. 3363, Bl. 102.

32 Oberst Eppisch: Vorschlag zur Anlage des OV „Nica“, Bl. 105.

33 Elsner, Eva-Maria/Elsner, Lothar: Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR. Berlin 1992, S. 59.

34 Werz, Nikolaus: Lateinamerikaner in der DDR. In: Deutschland Archiv. Bielefeld 2009 (5), S. 847.